

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 5 (1985)
Heft: 10

Buchbesprechung: Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neue Armut – neue Klassenorganisation?

LEIBFRIED Stephan/TENNSTEDT, Florian (Hrsg): Die Spaltung des Sozialstaates. edition suhrkamp, Frankfurt/M 1985, 477 S., Fr. 22.30.

SCHULZ, Hans Jürgen (Hrsg): Die neuen Alten. Kreuz Verlag, Stuttgart 1985, 264 S., Fr. 25.90.

Dass inzwischen sich mit der anhaltenden und steigenden Massenarbeitslosigkeit die “neue soziale Frage” verschärft hat, auch in der Schweiz, ist bekannt. Die Randzonen der Armut weiten sich aus. “Wir erleben zur Zeit den Prozess einer offenen Spaltung des Sozialstaates und einer Spaltung der Gesellschaft.” (Leibfried/Tennstedt, S. 13) Die Sozialversicherungen vermögen die stets höheren Kosten und grösseren Risiken immer weniger aufzufangen. Die Demarkationslinie zwischen Arbeits- und Armenbevölkerung tritt deutlicher denn je zutage. Die Gesellschaft polarisiert sich.

Anders als in der Weltwirtschaftskrise geht die Verarmung nicht mehr Hand in Hand mit der Schrumpfung gesellschaftlichen Reichtums. Heute haben wir eine Krise der Beschäftigung ohne wirkliche Krise der Produktion. Das System ist verteilungsunfähig.

Forciert wird eine Reprivatisierung sozialer Leistungen. Zur Entlastung des Sozialstaates propagieren regierungsamtliche Kampagnen die Mobilisierung von Selbsthilfe, Familienglück und Nachbarschaftshilfe. Immaterielle Werte sollen mehr Lebensinn stiftend und die zusätzliche Bürde aufwiegen, welche wirtschaftlich schwächere Schichten zu überfordern droht.

Nebst der vielgepriesenen individuellen Selbsthilfe entstehen neue Formen emanzipatorischer Selbstorganisation. Das Zusammentreffen der “Krise des Sozialstaats” mit sozio-kulturellen Vorstellungen von Dezentralisierung, Selbsthilfe und Autonomie einer neuen Gruppe von Armen – Angestellten, arbeitslosen Akademikern, Studenten, selbstbewussten Pensionierten – verleiht der Frage nach Potentialen, Charakter und Ausrichtung der Selbsthilfe und Selbstorganisation besondere politische Aktualität. Vorhandene Konzepte weichen erheblich voneinander ab. Sie reichen von der Substitution sozialstaatlicher Leistungen, über die (Rück-)Gewinnung heiler “Kuhstallwärme der Gemeinschaft” (Theodor Geiger), hin zur Politisierung der “sachlich-distanzierten Gesellschaft” (ders.). Ansätze autonomer Produktions- und Reproduktionseinheiten sowie organisierter Interessenvertretung mehren sich. Beispiele im “Altenbereich” sind subkulturelle Tendenzen sowie direkte Aktionen im Sinne der Grauen Panther. Sie lassen fragen: Deuten engagierte “Erfahrungen aus dem Unruhestand” auf ein Fortschreiten der Pensionierten von der sozialen “Klasse an sich” zur “Klasse für sich” hin?

“Die Alten kommen” – dieser immer häufiger auftauchende Slogan meint: Der prozentuale Anteil der Altenbevölkerung vergrössert sich. 14 % der SchweizerInnen sind älter als 65 Jahre. Zwischen 1971 und 1983 haben die 65-79jährigen um 105'100 (+ 17,5 %) und die über 80jährigen um 75'000

(+ 68 %) zugenommen. So wird bereits viel darüber spekuliert, welche Macht die “Alten” alleine mit dem Stimmzettel ausüben könn(t)en. Und im läppischen Soziologenstreit zwischen Verfechtern einer Disengagement- und Aktivitätstheorie scheinen letztere zu obsiegen. Gemäss Prognosstudie (Baur 1984) setzt sich eine lebensfrohe Altengeneration durch, die sich dank verbesserter Ausbildung, Mobilität und Bildung erfolgreich für ihre Interessen einsetzt. Als Belege dienen freizeitorientierte Altenclubs. So simpel ist das.

Gewiss, etliche Pensionierte sind berufserfahren und “voller Aktivitätsdrang”, jedoch oft ohne Betätigungsfeld. Unsere Leistungsgesellschaft erlaubt sich den Luxus, Tausende von Menschen vergreisen zu lassen. Viele werden alt gemacht, ohne alt zu sein. Und dagegen wehren sich Betroffene, allerdings eher wenige.

Zwar mögen die vom Rentenbezug abhängigen Pensionierten ihrer Outsider-Stellung im Produktionsprozess und ihres dadurch geprägten gesellschaftlichen Status’ wegen eine “soziale Klasse” bilden. Auch fördern Desintegration sowie gesundheitliche Beeinträchtigung, durch das Empfinden des heranrückten Todes verstärkt, eine Annäherung der Bewusstseinslage. Die Erfahrung, den Status eines vollwertigen Gesellschaftsmitgliedes zu verlieren, drängt aber die Menschen zu sehr unterschiedlichem Handeln. Krampfhaft versuchen einige, Teile des Selbstbildes und dessen soziale Aussendarstellung durch Festhalten an “Mustern durchschnittlicher Normalbiographie” zu retten. Andere scheren aus, bewegen sich in subkulturellen Ghettos, durch Armut auf das Nächstliegende konzentriert, nämlich eine Verbesserung der unmittelbaren Lebenssituation; oder sie lehnen sich auf, suchen nach politischen Mitteln, als “Gruppe für sich”, teilweise solidarisch mit andern Gesellschaftsschichten, für gemeinsame Klassenziele, gegen Eigentümer und Verwalter der Produktionsmittel, die nach wie vor, wie vereinzelte Pensionierte auch, zum eigentlichen Machtzentrum gehören und ihre Herrschaft selbst bei vermehrter Teilabgabe von Produktionsmitteln (Bildschirmarbeit zu Hause), u.a. dank Zentralisierung von Information und Kern/Koordinationsgeräten, ausüben können.

Mit der zu häufig beschworenen “Krise des Sozialstaates” ist die Selbsthilfebewegung einerseits “hoffähig”, anderseits politisiert worden. Die abnehmende Integrationskraft fortgeschritten Lebensformen im Stile des “produktivistischen Kerns” und das Auftauchen segmentärer und pluralistischer Varianten sozialer Reproduktion bieten positive Ansätze für die Entstehung und Festlegung neuer Deutungsmuster. Gewonnene Teilautonomie und verstärkte Banden mit Selbstorganisationsansätzen in verschiedenen Bereichen begünstigen neue kollektive Lebenslagen. Insbesondere erfordert deren Durchsetzung aber auch eine neue Solidarität der gesamten (Noch-) Arbeitnehmerschaft untereinander sowie mit den marginalisierten Gruppen. Sonst lassen sich eine gerechte Verteilung vorhandener Arbeit, eine Mindestlohnsgesetzgebung und Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft kaum durchsetzen. Und darum sollte meines Erachtens in der heutigen Zeit die gewiss auszuweitende Klassenanalyse von Marx mehr Beachtung finden. Erhebliche Differenzierungen sind erforderlich, dürfen aber nicht über vorhandene Antagonismen hinwegtäuschen.

Ueli Mäder

KÖNIG, Mario/SIEGRIST, Hannes/VETTERLI, Rudolf: Warten und Aufrücken. Die Angestellten in der Schweiz 1870 - 1950. Chronos Verlag, Stammheim 1985, 656 Seiten, 40 Abbildungen, 48 Franken.

Heute fällt es schwer, Arbeiter und Angestellte status- und zunehmend auch funktionsmässig auseinanderzuhalten. Die klare Abgrenzung, die früher nicht nur im Alltagsbewusstsein, sondern auch in Gesetzgebung, Sozialstatistik oder Anstellungsverhältnissen sichtbar wurde, ist am Verschwinden. Zwar wird verschiedenorts – etwa durch Trennung von Gesamt- und Einzelarbeitsvertrags-Bereich – die Differenz noch markiert. Im Trend liegt aber eine sowohl quantitative (Lohn etc.) als auch qualitative Vereinheitlichung, wie sie z.B. beim Staatspersonal zu finden ist. Diese Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich Arbeiter und Angestellte historisch deutlich unterschieden, und dass diese unterschiedliche Geschichte noch heute in einigen Bereichen weiterwirkt.

Die kürzlich erschienene Studie von Mario König, Hannes Siegrist und Rudolf Vetterli ermöglicht einen neuen Einstieg in die Angestellten-Diskussion, indem sie das eingangs skizzierte einheitlichere Bild historisch differenziert und die Angestellten für einige Jahrzehnte als eigene Schicht zeigt. Ihre Geschichte beginnt in der Schweiz zwischen 1860 und 1900, als sie früher von Selbständigen ausgeübt oder durch die fortschreitende Arbeitsteilung neu entstandene Funktionen zu übernehmen begannen. Bis 1920 wurde die Angestelltenschaft zu einem Massenphänomen, auch wenn sie selbst in der Zwischenkriegszeit erst ein Zehntel der im Industrie- und knapp ein Drittel der im Dienstleistungssektor Beschäftigten stellte. Ihre Zusammensetzung war sozial und beruflich äusserst heterogen, reichte vom Bürogehilfen bis zum Geschäftsleiter, vom ungelernten Verkaufspersonal bis zum Hochschulingenieur.

Die Autoren behandeln nicht die Angestellten schlechthin, sondern greifen je zwei Kategorien von kaufmännischen und technischen Angestellten heraus. Andere Bereiche wie Gastgewerbe, Gesundheitswesen, öffentliche Betriebe und Verwaltung usw. werden nicht berücksichtigt. Den breitesten Raum nimmt die grösste Gruppe, die kaufmännischen Angestellten im engen Sinne, ein. Sie standen zwischen Direktion und Werkstatt, verfügten über mehr Dispositionsmöglichkeiten als Fabrikarbeiter, waren höher qualifiziert, verdienten – sofern männlich – fast doppelt soviel und arbeiteten um die Jahrhundertwende selbst bei Grossunternehmen und -banken in relativ geringer Zahl. Der Detailhandel entwickelte sich in der Schweiz im Gegensatz zum Ausland zu einer fast rein weiblichen Domäne. Einkommensmässig standen die Verkäuferinnen, deren Zugehörigkeit zur Angestelltenschaft lange umstritten blieb, zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen. Zu einer unteren Schicht von technischen Angestellten, zu Werkmeistern, stiegen qualifizierte, aber nicht unbedingt gelernte Arbeiter auf. Sie gerieten dadurch in ein Spannungsfeld zwischen ihrer proletarischen Herkunft und der nun geforderten Ausrichtung auf Unternehmerinteressen. Die HTL-Techniker verloren trotz verbesserter Ausbildung nach dem 1. Weltkrieg ihre leitende Stellung. Im Zuge der zunehmenden Arbeitsteilung wurden viele zu Ausfüh-

renden in grössern Abteilungen.

Beruflich richteten sich die Angestellten auf den Aufstieg aus, was bis 1950 wegen der Ausdehnung der Angestelltenberufe und wegen der Unterschichtung durch Frauen auch ein beträchtlicher Teil schaffte. Im Privatleben orientierten sie sich an bürgerlichen Wertvorstellungen. In der Not des 1. Weltkrieges entwickelten sich aus der nach Berufen zersplittenen Interessenvertretung Ansätze zu einem gemeinsamen Angestelltenbewusstsein. In diese Zeit fällt die Gründung des Dachverbandes, der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA). In Krisen und Notlagen erfolgte mehrmals eine Annäherung an die Gewerkschaften, ohne dass allerdings im Untersuchungszeitraum schon ein allgemeines Arbeitnehmerbewusstsein entstehen konnte.

Die erwähnten Kategorien von Angestellten werden zunächst gesondert, dann zusammen nach den gleichen Fragen untersucht: Wie haben sich Arbeit und Beruf verändert? Wie steht es mit sozialer Lage, Familienverhältnissen, Herkunft, Karrieren und kulturellen Bedürfnissen? Wie entwickelten sich die Berufsorganisationen? Die klare Gliederung ermöglicht zwei Lesearten: Nach einer bestimmten Fragestellung für alle Angestellten oder allgemein für eine bestimmte Kategorie. Die zahlreich eingestreuten Zusammenfassungen erleichtern die Übersicht, bringen aber beim systematischen Lesen manchmal lästige Wiederholungen. Eher den Spezialisten ansprechende Abschnitte wechseln mit flüssig geschriebenen, mit Quellen illustrierten Passagen ab.

König, Siegrist und Vetterli liefern erste wichtige Linien zur Geschichte der Angestellten in der Schweiz. Sie machen es möglich, deren von den Arbeitern abweichende Verhaltensweisen anders denn nur als Wirkung "falschen" Bewusstseins zu sehen. Auf den verschiedensten Ebenen werden Parallelen und Differenzen zwischen den beiden Gruppen der Lohnabhängigen sichtbar. Die andere Herkunft, der qualifiziertere Bildungsweg, die im allgemeinen besseren Arbeitsbedingungen, die höheren Löhne und die anfänglich spürbar kürzere Arbeitszeit werden nach Möglichkeit statistisch untermauert.

Die empirischen Befunde ermöglichen auch ein besseres Verständnis der Angestelltenorganisationen. Die Abgrenzung von den Gewerkschaften stützte sich nicht abstrakt auf bürgerliche Einflüsse, sondern auf reale Gegebenheiten. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass in Zeiten starken Drucks eine weitgehende Annäherung erfolgen konnte. Wenn Privilegien in allgemeiner Not oder Arbeitslosigkeit ihre Bedeutung verloren, zeigten sich Angestelltenorganisationen gewerkschaftlichen Vorstössen offener. Markantestes Beispiel ist der Zürcher Bankangestelltenstreik von 1918. Obwohl sie sich in der Nachkriegszeit endgültig auf die von den Angestelltenverbänden längst gepflegte Sozialpartnerschaft festlegten, gelang es den schweizerischen Gewerkschaften nicht, in breiterem Masse in deren Organisationsbereich einzudringen. Etwas anders sieht es bei der SP aus, bei der Arbeiterwähler nur noch eine Minderheit bilden.

Die Studie beschränkt sich auf den Zeitraum, in dem sich aus einzelnen Berufen eine Angestelltenschaft herausbildet und konsolidiert. Es gilt nun, den sich in der Hochkonjunktur beschleunigenden Prozess der Angleichung

von Arbeitern und Angestellten mit der gleichen Gründlichkeit zu untersuchen. Phänomene wie die Ersetzung des Begriffes Arbeiter durch Arbeitnehmer, Lohnabhängiger, Werktätiger, Mitarbeiter oder – neutraler – selbstständig Erwerbender sind bekannt. Im französischen und angelsächsischen Sprachraum wird der gleiche Wandel mit weit weniger ideologieträchtigen Verschiebungen vom ouvrier zum travailleur oder vom worker zum employe erfasst. Die Verdrängung des “Arbeiters” darf nicht einfach als Vordringen bürgerlicher Ideologie abgetan werden. Die starre Terminologie einer veralteten Klassentheorie, die sich nur auf das Moment der Lohnabhängigkeit stützt, führt nicht weiter. Es geht nicht an, den Angestellten als neue Erscheinungsform des Arbeiters zu sehen. Vielmehr muss geklärt werden, inwiefern die von König, Siegrist und Vetterli herausgearbeiteten Differenzen weiterhin wirken und inwiefern sie durch die unbestreitbare Tendenz zur Nivellierung unbedeutend geworden sind.

Bernard Degen



NEUSÜSS, Christel: Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander. Rasch und Röhrling Verlag, Hamburg 1985, 359 S. mit Schwarz-weiss-Abbildungen. brosch., Fr. 25.90

Christel Neusüss, Professorin für politische Wirtschaftslehre in Berlin, veröffentlichte im Frühjahr 1985 ein Buch, in dem sie den Marxismus, der ihr als langjährige, aktive Gewerkschafterin vertraut ist, mit ihren alltäglichen subjektiven und objektiven Erfahrungen konfrontiert. Ihre kritische Distanznahme gegenüber “dem Marxismus” – es kann sicher als ein Mangel bezeichnet werden, dass sie dabei nur den “Vulgärmarxismus” der II. Internationalen und den Sowjetmarxismus im Auge hat – beruht einerseits darauf, dass die Arbeiterklasse passiv geworden sei und an ihrer Stelle neue historische Subjekte, die sich nicht auf Marx berufen, die politische Bühne belebten; andererseits – und vor allem – liessen sie auch ihre Erfahrungen als Frau in Haushalt, Beruf und Politszene gegenüber der Marxschen Theorie “stutzig” werden; mit vielen andern Frauen rebelliert Christel Neusüss gegen die Abspaltung des Privaten. Die feministische Theorie kam ihr dabei zu Hilfe. Gestützt auf die These von Maria Mies, dass Marx vor allem den männlichen Menschen im Kopf gehabt habe, versucht Christel Neusüss, die “speziell männlichen Muster von Arbeit, Produktivität und sozialem Handeln” (S. 18) zu entschlüsseln. Schlagwortartig lässt sich das Unterfangen auch mit “Kopfdenken der Linken versus weiblichen Ganzheitlichkeitsanspruch” umschreiben.

Christel Neusüss beginnt ihre Abhandlung mit einer Kritik des Marxschen Arbeitsbegriffs. Sie bemängelt namentlich, dass Marx vorgebe, von der allgemein menschlichen Arbeit zu reden, obwohl er im Grunde doch nur die bürgerlich-kapitalistische Arbeit, die warenproduzierende Arbeit, untersuche. Mit dieser verengten Sichtweise auf die “rationale, planende und kopf-hand-

„baumeisterhafte“ Arbeit aber grenze Marx jene nicht-kapitalistische Arbeit aus, welche von Frauen und Müttern in Form von Haus-, Beziehungs- und Aufzieharbeit geleistet werde. Marx gehe somit erst vom fertigen, warenproduzierenden Arbeiter aus und übersehe die (Aufzieh-) Arbeit der Mütter, die bereits im Produkt Arbeitskraft stecke.

Ferner kritisiert Neusüss, dass Marx nicht nur einen bürgerlichen Arbeitsbegriff verwende, sondern mit den Bürgerlichen ebenso deren *Begeisterung für den Fortschritt und das beherrschende Wissen* teile. Die Folgen dieser Ausrichtung von Marx zeigt sie am Beispiel von Lenin und den deutschen Sozialdemokraten um die Jahrhundertwende auf, welche das „Kopf-Hand-Baumeister-Modell“ zur vollen Entfaltung gebracht haben: Deren Begeisterung für die „Verwissenschaftlichung der Produktion“ (Taylorismus), welche die Arbeiter zu sozialen Automaten degradiere und jegliche Subjektivität und Irrationalität am Arbeitsplatz ausschalte, bewirke eine Abspaltung der Gefühle der Männer in die Privatsphäre, in die Familie; somit werde diese nicht mehr – wie von den Vätern der Arbeiterbewegung propagiert – aufgelöst, sondern erhalte vielmehr infolge der *Aufspaltung in Rationalität/Öffentlichkeit und Irrationalität/Privates* eine neue Bedeutung (vgl. dazu auch die zusammenfassenden Thesen auf S. 130 f.). Im Zusammenhang mit dem „Kopf-Hand-Baumeister-Denken“ sieht Christel Neusüss auch die Einrichtung der „wissenschaftlich geschulten Interessenvertretung“ bei den Arbeiterparteien; hier schalte das „Führer-Massen-Modell“ (S. 160) das Affektive aus. Diese *Verdrängung des „irrationalen Rests“* (S. 164) ist für die Verfasserin mit ein Grund für das Versagen der Arbeiterbewegung (auch in der Zeit der Weimarer Republik).

Diese grundsätzlichen Einwände gegen die „Kopfgeburten der Arbeiterbewegung“ exemplifiziert Neusüss anhand von Texten und Positionen der „vulgärmarxistischen“ deutschen Sozialdemokratie (Lasalle, Liebknecht, Kautsky). Als deren Sündenfall betrachtet sie das Bündnis zwischen den „Kopffaktionen der Bürgerlichen und den Arbeiterführern“ im Sozialstaat, der auf zwei Säulen beruhe: der Anerkennung des Privateigentums (an Produktionsmitteln und an der Arbeitskraft) und dem Konsens bezüglich der Produktivitätssteigerung. Dieses Bündnis hatte zur Folge, dass die Auseinandersetzungen zwischen den Klassen nur noch um die Verteilung und nicht mehr um die Produktionsweise selber geführt werden. Damit aber gab die Arbeiterbewegung ihr ursprüngliches Ziel, die freie Selbstbetätigung aller Menschen, auf und akzeptierte die Aufteilung, wie sie auch Marx im „Kapital“ abhandelte, in notwendige Arbeit und freie Zeit (S. 230): das Reich der Notwendigkeit werde weitgehend dem Kapital überlassen, während sich die Linke vor allem für das Reich der Freiheit (Arbeitszeitverkürzung) stark mache (S. 152ff.). Nach einer recht eigenwilligen Reduktion dieses reformistischen Sachverhaltes auf die Marxsche Wertlehre kritisiert Christel Neusüss die Ökonomie des Kapitals, der sich auch die Arbeiterbewegung in ihrer Theorie kritiklos unterzogen hätte: sie grenze all das aus, womit das Kapital unökonomisch umgehe – die Menschen und die Natur. Sie gibt zu bedenken, dass eine rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur längerfristig die wertproduzierenden Kräfte überhaupt schwinden lasse, was jegliche Reali-

sierungsbestrebungen von sozialistischen Projekten verunmöglichen könnte.

Am Beispiel der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche zeigt Christel Neusüss auf, was für gesellschaftliche Implikationen ihre feministischen Postulate haben können. Von der IG-Metall sei sie angefragt worden, für eine 35-Stunden-Woche-Veranstaltung einen finanziellen Solidaritätsbeitrag zu leisten: „Ich habe es nicht über Kopf und Herz gebracht“ (S. 218). Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche beruhe auf dem bekannten Muster, wonach die Arbeiterbewegung dem Kapital den Fortschritt der Produktivkräfte überlasse – mit dem Preis des Ruins unzähliger Kleinbetriebe – und sich im nachhinein an den erzielten Gewinnen mitbeteilige; hier will Neusüss nicht mehr mitmachen. Weiter grenze die zur Diskussion stehende Verkürzung der (sog. gesellschaftlich notwendigen) Arbeitszeit die Haus-, Beziehungs- und Aufzieharbeit aus, wodurch „nur noch einmal das alte, zurückgebliebene Bewusstsein“ (S. 223) der Männer verfestigt werde; es sei nun an der Zeit, dass das Arbeitnehmerpatriarchat selber thematisiert werde.

Im letzten Kapitel werden anhand einer Rezeption von Rosa Luxemburg die wesentlichen Kritikpunkte von Neusüss „am Marxismus“ noch einmal zusammengefasst. Sie lehnt die Hierarchiebildungen von Natur und Produktion, Frauen- und Männerarbeit, Reproduktion und Produktion ab. Die Natur ist nach Christel Neusüss genauso produktiv wie die menschliche Arbeit; es sei daher eine *Kooperation von Kopf, Körper und Natur* anzustreben. Bezuglich des Verhältnisses von Männer- und Frauenarbeit hält sie fest, dass die Männerarbeit versagt habe; die Kopfmänner des Bürgertums wie der Arbeiterbewegung hätten ein überall sichtbares, ökologisches Desaster angerichtet. Die „weibliche Produktivität“ (S. 257) hingegen sei Teil der Natur geblieben, gebrauchswertorientiert und ohne „Kopf-Hand-baumeisterhafte“ Absichten (vgl. dazu die zusammenfassenden „Thesen zur Frauenarbeit“, S. 256ff.). Den Unterschied zeigt Christel Neusüss auch am Beispiel der Massenstreikdebatte auf: Während Kautsky für Streiks in Form von strategischen Kriegszügen, die von den Streikenden Disziplin und Ordnung abverlangen, plädiert (S. 123ff.), verzichtet Rosa Luxemburg auf derartige strategische Pläne und redet einer Vermischung von Vernunft und Emotionen das Wort (S. 129); folgerichtig habe sich bei ihr die Partei den Massen zu unterziehen und nicht umgekehrt. Die Kritik von Christel Neusüss am *männlichen Planbarkeitswahn* betrifft ferner auch das Marxsche Diktum, wonach nur die Arbeiterklasse im Gegensatz zum Lumpenproletariat auserkoren sei, die ungerechten Zustände unter der Herrschaft des Kapitalismus zu beseitigen. Sie plädiert mit Rosa Luxemburg für einen „Standpunkt von unten“, wonach alle Menschen, unabhängig von ihrer ökonomischen Stellung – also auch Frauen, Marginalisierte und die Dritte Welt –, aufgerufen seien, sich gegen ihre Leiden – nicht nur unter dem Kapitalismus – zur Wehr zu setzen.

Mit ihrem bewusst provokativen Werk *interveniert* Christel Neusüss in das (männliche) linke Denken. Dass sie dabei Marx und die Geschichte der Arbeiterbewegung etwas eigenwillig rezipiert, dass sie sich in weiten Teilen nur an die Politik der deutschen Sozialdemokratie hält und die aktuelle Marxismusdiskussion übergeht, mag ihr vorgeworfen werden. Eine solche Kritik aber verschliesst sich vor wesentlichen Aussagen des Buches und riskiert,

letztlich auf einer apologetischen Ebene zu verbleiben. Christel Neusüss stellt mit ihrem Anspruch einer ganzheitlichen Betrachtung die konzeptionelle Fragmentierung der Gesellschaft in Frage und kritisiert dabei – und vor allem – das “Arbeitnehmerpatriarchat”, welches diese Fragmentierung bisher mitgetragen habe. Sie versucht, die gesellschaftlichen Problemstellungen neu zu verknüpfen und stellt sich daher auch zu manchen Ideen der Arbeiterbewegung quer. Es mag jedoch bezweifelt werden, ob dies in einer so unversöhnlichen Art geschehen muss wie bei ihrer ablehnenden Haltung zur 35-Stunden-Woche. Gerade bei diesem Gegensatz zwischen linken und feministischen/ökologischen Forderungen stellt sich die Frage nach der politischen Perspektive des feministischen/ökologischen Standpunktes, den Neusüss vertritt: Es genügt wohl nicht, nur diverse Versatzstücke von Luxemburgs Marx-Rezeption, Lassalles Handwerker-Sozialismus und irgendwelchen vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen als Gegenmodell zur männlich-verplanten Industriegesellschaft hinzustellen. Trotzdem bleibt zu hoffen, dass es Christel Neusüss gelingt, mit ihrer kritischen Analyse einer gesellschaftlichen Realität und ihrer neuformulierten Utopie einer egalitären, mit der Natur versöhnten Gesellschaft die Linke “stutzig” zu machen.

Katharina Schönbucher / Werner Seitz



HAUG, Wolfgang Fritz: Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur. Band 1, Argument-Verlag, Berlin-West 1985, 260 S., Fr. 24.--

Von Wolfgang Fritz Haug liegt seit kurzem der 1. Band seines angekündigten 3-bändigen Werks mit dem Titel “Pluraler Marxismus” vor. Der Band, schwerpunktmässig in die Themen “Dialektik des Marxismus” und “Strukturelle Hegemonie” untergliedert, enthält Aufsätze und Vorträge, die grösstenteils in den vergangenen Jahren bereits publiziert wurden; neu sind die Beiträge “Die Elemente der neuen Gesellschaft im Übergang zu einer anderen Aggregatform” (87 - 119), “Was ist Ökonomismus” (127 - 157) sowie ein Nachtrag zur “Strukturellen Hegemonie” (185 - 195). Es ist zu begrüssen, dass die bisher verstreut gebliebenen Beiträge von Haug nun gesammelt erscheinen: dies eröffnet die Möglichkeit, die Theoriearbeit dieses produktiven Philosophen im Zusammenhang Revue passieren zu lassen und gezielt für eine inner-marxistische Diskussion fruchtbar zu machen. Für jene, die sich hierzulande mit Fragen der Erneuerung oder Verabschiedung vom Marxismus herumschlagen, ist der Band durchaus ein Gewinn; für jene, die sich mit der Frage nach der gegenwärtigen Bedeutung marxistischer Theorie bisher kaum beschäftigt haben, ermöglicht er einen direkten Einstieg in die aktuellen Debatten.

Haugs Erörterungen zu Krise und Erneuerung des Marxismus sind geprägt durch die pointierte Auseinandersetzung mit Positionen der marxistischen Orthodoxie; der Titel “Pluraler Marxismus” signalisiert eine unmittelbare Antwort Haugs auf Alleinvertretungsansprüche des Marxismus-Leninismus und diesem zugerechnete Marxismusinterpretationen in der BRD (vgl. Vorwort). Seine Parteinahme für einen “pluralen Marxismus”, die erneut das

Diktum Togliattis über den Polyzentrismus aufnimmt, kreist um eine neue Konzeption von “Einheit und Vielfalt” marxistischer Projekte überhaupt und richtet sich gegen jegliche Hegemonialansprüche innerhalb des Marxismus. Neuerdings scheint Haug für diese Konzeption auch einen “demokratischen Sozialismus” in der Traditionslinie von R. Luxemburg und O. Bauer zu reklamieren (116 f.).

Der Appell an die Pluralisierung läuft bei Haug programmatisch mit der Aufgabe einher, “falsche Einheiten” aufzulösen (11) und aus der bestehenden Vielfalt marxistischer Ansätze eine neue und zugleich andere Form (“Aggregatform”) der Einheit zu konstituieren. Dieses Programm steht ganz im Zeichen eines *Bruchs* mit dem Zentrumsdenken marxistischer Theorien, dies sowohl bezogen auf parteimässig zentrierte Theoriebildung wie auch der Strukturbildung innerhalb einzelner Theorien – für Haug besonders des “hegelianisierten” Marxismus (Vgl. dazu auch Haug, *Die Camera obscura der Ideologie*, AS 70, 1984). Die damit verbundene Selbstreflexion und Selbstkritik des Marxismus erarbeitet Haug zum Teil exegetisch an Detailfragen bei den Klassikern Marx, Engels, Lenin, Mao; für das genauere Verständnis des Bruchs ist aber sicher seine Gramsci- und vor allem Althusserrezep-
tion entscheidend. Im Vordergrund stehen nach wie vor Expositionen zu einem nicht-reduktionistischen Ökonomie- und Politikverständnis. Die Überlegungen hierzu, die vor allem den Bereich des umkämpften Kulturellen im staatlichen und ökonomischen Gefüge in seiner Eigenlogik zur Geltung bringen wollen, sind für Haugs anschliessendes Konzept der “strukturellen Hegemonie” konstitutiv. Im Blickpunkt steht die Strategie einer Sammelbewegung politischer-kultureller Kräfte (Arbeiter, Intellektuelle, Künstler), deren Träger und Realisatoren sich in den neuen sozialen Bewegungen, in Parteien, in Projekten (wie u.a. der Volksuni) organisieren.

In seinem neuen Aufsatz “Die Elemente . . .” wendet sich Haug auch eingehender gegen eine sozialistische Praxis, die vorschnell und leichtfertig Theorie nur parteimässig instrumentalisiert oder, je nach dem, sich vom Leibe hält. Zu letzterem meint er dezidiert: “ . . . Es gehört zu den wohlfeilsten demagogischen Phrasen, den Pramat der Praxis gegen Theorie auszuspielen.” (107) Damit ist freilich von ihm alles andere als ein Plädoyer für Praxisferne ausgesagt. Gerade durch die mögliche Distanz marxistischer Theorie von der traditionellen Praxis des “Chefideologen”, auch durch die Rückgewinnung einer wissenschaftlichen Dimension des Marxismus, können neue, erweiterte Praxisbezüge und Praxisräume überhaupt erst freigelegt werden. Im Hinblick auf Rückgewinnung einer solchen Praxis verabschiedet Haug auch das sogenannte “Verratsmodell”, die These, wonach Intellektuelle Klassenverrat begehen müssten, um zur Arbeiterbewegung zu stossen (117 f.). Dagegen postuliert er Gramsci’s Typus des “organischen Intellektuellen”, der, da er unter heutigen Arbeitsverhältnissen ohnehin nicht mehr eindeutig als Vertreter einer gesonderten Klasse auftrete, seine Kräfte nicht mehr “von aussen” in die Bewegung hineinträgt, sondern eigene intellektuelle Freiräume schafft, in die sich Widerstandspotentiale hineinbewegen können.

Verfolgt man Haugs Argumente der Kritik am marxistischen Zentrumsdenken in einigen Punkten eingehender, so wird einem kaum deren Neigung

zum rhetorisch-abstrahierenden Auflösen “falscher Einheiten”, zu einer undifferenzierten Problematisierung des zentrierten Denkens entgehen. Argumentationsfiguren, die eine Pluralisierung von etwas andeuten, wie sie Haug des öfteren verwendet – Bsp. Marxismus/Marxismen (20) – tragen wenig zum analytischen Gehalt einer Erneuerung marxistischer Theoreme bei. Dasselbe gilt für eine Reformulierung der Fragen, die dessen Weiterentwicklung mehr versichert als untersucht. Man wird Haug zustimmen können, dass marxistische Theorien heute keine “Garantien in der Art metaphysischer Wesendefinitionen” abgeben, alles andere als ein Rezeptbuch sein können. (13) Aber wird man sich andererseits mit Garantien über die Unabgeschlossenheit und “quälende Unfertigkeit” des Marxismus – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – begnügen können? Kann ferner die Feststellung, dass nun vieles, was dem Marxismus als soziales Fundament (Arbeit, Arbeitsbedingungen) gedient hat, in “Bewegung” geraten ist, (vgl. bes. 95) eine für die Erneuerung des Marxismus ausreichende Erklärung sein?

Da Haug die Frage der Erneuerung in erster Linie schonungslos kritisch stellt, wird es ihm in der Folge schwierig gemacht, den programmatisch gesetzten “plurizentrischen Marxismus” fundiert anzuvisieren. Dessen neue Einheit kann ja nicht nur über diese Form der Kritik und auch nicht über irgendwelche Zusammenhänge verstreuter gesellschaftlicher Widerstandspotentiale hinreichend bestimmt werden. Die Fundierung eines marxistischen Projekts, besonders wenn es, wie Haug stets betont, Wissenschaftlichkeit zurückholen will, ist genauso über die Ebene einer historisch *darstellenden* Kritik zu gewinnen, welche die marxistische dialektische Methode auf die soziale Entwicklung anwendet, also der ganzen theoretisch-analytischen Dimension, die die konkrete Totalität, das reich gegliederte Ganze der gesellschaftlichen Entwicklung, erarbeitet. Sicherlich ist diese Ebene gleichfalls historischem Wandel unterworfen, doch ist dies noch keine Berechtigung, sie als prinzipiellen Begründungszusammenhang auszuschalten.

Genau diese Ausblendung nimmt Haug aber vor oder reduziert die genannte Theorieebene auf eine handlungstheoretische, hegemoniale Politikebene. So wird denn seine Kritik am zentralistischen Denken marxistischer Theorie auf beiden Ebenen parallel und gleichförmig durchgeführt. An diesem Punkt ist man geradezu aufgefordert, Haugs emphatische Parteinahme für eine nicht-reduktionistische Logik des Zusammenhangs auf ihn selbst anzuwenden: Marxistische Theorie im Sinne der Einheit zentralistischer Parteiformigkeit lässt sich nicht bruchlos auf zentralistische und Einheitsstrukturen einer marxistischen Theorie im Sinne eines inhaltlichen Aussagesystems zurückführen; der Ideologiegehalt einer Theorie fällt mit ihrem analytischen Instrumentarium und dessen innerer Struktur nicht einfach zusammen. Beide Ebenen, die politik- bzw. ideologie-theoretische und die methodisch-erkenntnistheoretische, folgen durchaus ihrer eigenen Logik. Beide vermischen sich öfters zu einer ununterscheidbaren Argumentationsform und Problematik – zu einer voreiligen “falschen Einheit” seinerseits –, von der aus Haug andere marxistische Theorieformationen untersucht: so in seiner Kritik am Zentralismus des “hegelianisierten” Marxismus, das “Lukács-Paradigma” (v.a. 36, 49, 58) an der “Geschichtsphilosophie” (37 ff.) und anderer sogenannter

“Wesens”-Theoreme, als ob bspw. deren Substantialismus lediglich aus ihrer Ideologieform (“Fatalismus”, “Universalismus”) zu erklären sei. Die Form der Kritik Haugs am “Hegelianismus” etwa, im Stile der ewigen Wiederkehr derselben althusserischen Topoi vorgenommen, geistert schliesslich durch den ganzen Band. Dies ist nicht erstaunlich, fehlt doch bei Haug eine explizite Theorie der Dialektik. Denn es gilt auch für die hier diskutierten Theoreme das, was Haug für Marx’ Auffassung über die “Diktatur des Proletariats” schlussfolgert: “ . . . ihr richtiger Gehalt muss übersetzt werden. Dies ist eine der Entwicklungsaufgaben des Marxismus.” (102)

Martin Bondeli



LÖWY, Michael: Marxismus in Lateinamerika. Frankfurt/M. 1984, 80 S., brosch., Fr. 8.-- Bezug: Veritas-Verlag, Postfach 355, 8031 Zürich

Die Broschüre des französischen Lateinamerika-Kenners Michael Löwy hebt sich aus der Unzahl der Literatur, die in den letzten Jahren über Lateinamerika erschienen ist, angenehm ab. Seit einem Jahr liegt “Marxismus in Lateinamerika” beim ISP-Verlag (BRD) erstmals in deutscher Übersetzung vor. In einer leicht lesbaren Form liefert Löwy, der am Pariser Institut des Hautes Etudes unterrichtet, “einige Bemerkungen” zur Entwicklung des marxistischen Gedankengutes in Lateinamerika.

Der Konflikt in Zentralamerika und die Krise der Militärdiktaturen des Cono Sur hat zu einem raschen Anwachsen der Literatur über die Länder dieser Region geführt. Der Autor zeichnet in knapper Form die Entwicklung des marxistischen Gedankengutes vom Ende des 19. Jhs. bis in die 60er und 70er Jahre nach. Dabei unterscheidet Löwy drei Abschnitte:

Die revolutionäre Periode in den Jahren 1920 - 1935, die ihren deutlichsten theoretischen Niederschlag in der Arbeit von Mariatégui und einen praktischen Ausdruck im Aufstand von 1932 in El Salvador fand.

Die stalinistische Periode von der Mitte der dreissiger Jahre bis 1959.

Der neue revolutionäre Abschnitt seit der kubanischen Revolution.

Im Zentrum der wissenschaftlichen und politischen Entwicklung des Marxismus in Lateinamerika steht die Frage nach dem Charakter der Revolution auf diesem Kontinent. Löwy unterscheidet die “exotische Betrachtungsweise” des Marxismus, welche die sozialen und historischen Besonderheiten verabsolutiert und den “stalinistischen Eurozentrismus”, der die Geschichte Lateinamerikas als Wiederholung der mitteleuropäischen sieht. Beide vertreten die Ansicht, die Bedingungen für eine sozialistische Umwälzung seien “noch nicht reif” und es gelte daher, wie im Europa des 19. Jhs., für bürgerlich-demokratische Reformen einzutreten.

In der erwähnten “revolutionären Periode” entstanden unter dem Eindruck der Russischen Revolution Ansätze zu einer eigenständigen Denktradition des Marxismus in Lateinamerika. Der Kubaner Julio Antonio Mella und der Peruaner José Carlos Mariatégui betonten die Einheit des demokra-

tischen, antiimperialistischen und zugleich des antikapitalistischen Kampfes. Die revolutionäre Umwandlung des Kontinents müsse eine sozialistische unter Führung des Proletariates sein, weil die Möglichkeit einer vom Imperialismus unabhängigen bürgerlich-demokratischen Umgestaltung nicht gegeben sei.

Diese revolutionären Traditionen des Marxismus wurden seit den dreissiger Jahren durch den Stalinismus restlos verschüttet. Die kommunistischen Parteien mussten sich den Interessen der sowjetischen Außenpolitik unterordnen, die damals unter dem Zeichen des Bündnisses zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten gegen den Faschismus stand. So unterstützte die kubanische KP in den Jahren 1943/44 die erste Regierung des Generals Batista, den sie als “energischen Förderer der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit” propagierte.

Es war die kubanische Revolution, die zu einem Aufschwung des marxistischen Denkens in Lateinamerika geführt hat, weil sie praktisch mit den Vorstellungen des Stalinismus gebrochen hatte. Als erste erfolgreiche sozialistische Revolution in Lateinamerika verband sie die bürgerlich-demokratischen Elemente mit den sozialistischen Zielvorstellungen. Im Zeitalter des Imperialismus gab es, wie Che Guevara einmal sagte, nur eine Alternative: “Entweder sozialistische Revolution oder Karikatur der Revolution.”

Löwys Skizze über die Entwicklung des Marxismus bricht Mitte der siebziger Jahre ab. Die jüngsten Entwicklungen in Zentralamerika werden durch ein ausserordentlich dichtes Essay von Werner Hülsberg nachgezeichnet und erschlossen. Hülsberg zeigt, wie sich der Bruch mit den zentralen Dogmen des Stalinismus vollzogen hat und neue revolutionäre Aktionsformen freigesetzt wurden.

Leider gehen die Autoren nicht auf das Verhältnis von Marxismus und Theologie der Befreiung ein, die in den letzten 20 Jahren auf dem Hintergrund der Auflehnung gegen Elend und Ausbeutung entstanden ist. Der Aufschwung des revolutionären Potentials im christlichen und marxistischen Gedankengut führte in verschiedenen Ländern – in Brasilien, Nicaragua, El Salvador – zu einer gemeinsamen Praxis, die für die Zukunft des Marxismus in Lateinamerika von entscheidender Bedeutung ist.

René Holenstein



HINKELAMMERT, Franz J.: Die ideologischen Waffen des Todes. Zur Metaphysik des Kapitalismus. Mit einem theo-politischen Nachwort von Kuno Füssel. Edition Exodus/edition liberación, Freiburg (Schweiz)/Münster 1985, 330 S., Fr. 38.50.

Hinkelammerts Buch ist vielschichtig. In dem 1981 in Costa Rica erschienenen Original werden so aktuelle Themen wie der Neokonservatismus (seine Einflüsse in Ökonomie, Politik und Kirche) und die Ideologietheorie behandelt. Für europäische LeserInnen wird die Ideologietheorie etwas ungewohnt unter dem Begriff der “Fetischismusanalyse” behandelt; die Materialstudien

zeigen jedoch, dass Hinkelammert über ein sehr präzises Instrumentarium verfügt.

Ausgangspunkt der Untersuchung bildet die Fetischismusanalyse bei Marx im ersten Band des "Kapital". "Sie beurteilt die gesamte Freiheit des Menschen, ausgehend von seinen Lebens- bzw. Todesmöglichkeiten" (13). Die Fetischismustheorie widmet sich nicht einzelnen Institutionen, sondern der gesellschaftlichen Arbeitsteilung innerhalb einer warenproduzierenden Gesellschaft. Dabei interessiert sich diese Theorie für die Art und Weise, wie die Warenbeziehungen gesehen und erlebt werden.

Im ersten Teil wird weiter der Fetischismus in anderen Strömungen der Gesellschaftswissenschaften untersucht (bei Max Weber, Milton Friedman und der Trilateralen Kommission).

In Teil II und III werden die kategorialen Rahmen der christlichen Tradition behandelt, die die Wirklichkeitswahrnehmungen determinieren und dadurch das Handeln mitbestimmen. Hinkelammert untersucht die Bibel (besonders Paulus), die reaktionären Theologen und Würdenträger Lateinamerikas sowie die Theologie der Befreiung.

Da es mir nicht möglich ist, dem Buch in einer so kurzen Rezension gerecht zu werden, wähle ich drei Punkte aus, auf die ich näher eingehe. 1. Interessant ist Hinkelammerts Analyse des Begriffs "Reich der Freiheit". Nach Marx (vgl. MEW 25, 828) ist der Sprung ins Reich der Freiheit unmöglich, weil dieses immer an das Reich der Notwendigkeit gebunden bleibt. Das Reich der Freiheit wird als "Jenseits des Produktionsprozesses" (61) und als transzendentales Projekt (62) bestimmt. Als transzendentales Projekt begleitet es jedes historische Projekt. Der so verstandene Begriff vom Reich der Freiheit hat meines Erachtens bedeutende Folgen für die marxistische Theorie. Vor allem steht das Verständnis des Sozialismus als einer Übergangsgesellschaft zur Debatte. Denn wenn das Reich der Freiheit nicht einholbar ist, verliert auch das Konzept einer Übergangsgesellschaft jeden Sinn oder wird – Religion.

2. Innerhalb der christlichen Tradition beobachtet Hinkelammert einen bedeutenden Wechsel der Symbole bzw. eine Umwertung ihres Inhalts. Dieser Wechsel und die Umwertung nehmen ihren Anfang mit der Konstantinischen Wende. War in den ersten Jahrhunderten des Christentums die Überwindung des Kreuzes durch Bilder der Hoffnung: "der Anker, der gute Hirte; oder durch Fruchtbarkeitsbilder: der Fisch oder das Lamm" (229) dargestellt, so wurde mit der Machtübernahme das Kreuz zum zentralen Symbol. "Die Kreuzigung wird zum Schlüssel des Christentums. Das Christentum wird zur Frohen Botschaft von der Kreuzigung und vom Tod" (229). Als Beispiel für die inhaltliche Umwertung sei Luzifer genannt. Deutete dieser Name in den ersten Jahrhunderten auf Jesus hin, bedeutet er danach – und bis heute – Satan.

Die Wende des Christentums zeigt Folgen für die Körper der Individuen: basierte die gesamte paulinische Theologie auf der Leiblichkeit, so tritt später eine Theologie des ätherischen Leibes an deren Stelle. In einer der vielen sprachlich faszinierenden Passagen zeigt Hinkelammert, dass dieser ätherische Leib – die Seele –, weil er unsterblich ist, den Tod niemals besiegen kann.

“Der Tod wird ausschliesslich durch die Auferstehung besiegt. Dieses merkwürdige Wesen hat aber keinen Tod und keine Auferstehung. Es ist der Tod” (222).

3. Nachdem Hinkelammert aufgewiesen hat, dass es zwei Arten von Theologie gibt, die des Todes und die des Lebens, sieht er die Möglichkeit eines Zusammengehens und/oder Durchdringens von Marxismus und einem Christentum, das sich auf das Leben bezieht. “Es handelt sich hierbei um eine entsprechung (von Marxismus und Christentum, BW), die weder den Marxismus auf das Christentum noch das Christentum auf den Marxismus reduziert. Die Besonderheit des Marxismus ist die Praxis, die in die Transzentalität im Inneren des realen Lebens mündet. Die christliche Besonderheit ist die Hoffnung auf die Möglichkeit dieser Praxis über das berechenbar menschlich Machbare hinaus. Die gemeinsame Verbindung ist das reale und materielle Leben als letzte Instanz jeglichen menschlichen Lebens” (317).

Dieses Buch regt an, viele Themen zu vertiefen. Einer Ideologietheorie liefert es ein Instrumentarium, das sich zu prüfen lohnt. Theologen können präziser als dies Hinkelammert tut – wobei er sich des Mangels bewusst ist – die Geschichte der christlichen Symbole aufarbeiten. Obwohl 1981 entstanden, gibt das Buch uns heute die Möglichkeit, die reaktionären Attakken des Vatikans und seinen Antiutopismus zu parieren. Deshalb schon ist es aktuell. Jedoch erspart es uns eines nicht: die eigenständige Weiterarbeit. 1984 erschien von Franz J. Hinkelammert: *Critica a la razón utópica*. San José, 275 S., die noch zu übersetzen ist.

Bernhard Walpen

XEROX-KÖPIEN

45 Rp.

7,5 Rp.

Sortieren GRATIS

A4 / A3 / A2

Verkleinerungen

Vergrösserungen

Folien/Etiketten

Ringbindungen

Klebebindungen

Offsetdruck

Dissertationsdruck

Broschürendruck

Textverarbeitung

Adressverwaltung

ADAG
ADMINISTRATION & DRUCK AG

Universitätstr. 25 8006 Zürich 47 35 54
Seilergraben 41 8001 Zürich 251 49 34
Rosenbergstr. 32 9000 St.Gallen 22 01 31